nicht will, muß er auch das Mittel der Reichstagsauflösung aus seinen Berechnungen ausschalten.

Hardings Völkerbund.

Der Weltschiedsgerichtshof.

Nach einer Meldung aus Washington ist dort jetzt bekannt geworden, daß der Botschafter der Vereinigten Staaten in London Harvey in großen Zügen den Hardingschen Plan für einen neuen Völkerbund besitze, der dazu bestimmt ist, den gegenwärtigen Völkerbund zu ersetzen. Harvey sei auch bereits ermächtigt, den Hardingschen Plan den Vertretern fremder Regierungen zugleich mit den Bedingungen, die Amerika für einen offiziellen Schritt in dieser Angelegenheit stellt, bekannt zu geben. Dem Hardingschen Völkerbund liege im allgemeinen der Plan der Haager Konferenzen zugrunde. Er betone die Idee eines Weltschiedsgerichtshofes, vor dem Streitigkeiten in Übereinstimmung mit dem internationalen Recht verhandelt und entschieden werden, während Zwangsmaßnahmen ausgeschlossen sein sollen. Harvey habe Anweisung erhalten, den Wunsch seiner Regierung klarzulegen, daß die interessierten Mächte im voraus sich äußerten. Als Zeichen eines aufrichtigen Wunsches für das Zustandekommen des neuen Völkerbundes werde zunächst die Anerkennung der amerikanischen Rechte mit Rücksicht auf die bis jetzt bereits getroffenen Entscheidungen betrachtet.

Wirth und das Ultimatum.

Politik der Erfüllung.

Reichskanzler Dr. Wirth erklärte in einer Unterredung mit einem Pressevertreter, warum er sich zum Jawort beim Ultimatum bekannt habe. Es sei die Sorge um das Deutsche Reich gewesen, um die deutsche Arbeit und die deutsche Industrie, die Sorge um das ganze deutsche Volk und die Sorge um die ganze deutsche Zukunft: Wenn wir im Kriege das Leben und die Gesundheit von Millionen nicht schonten, wenn wir einen sehr großen Teil unseres ganzen Volksvermögens dransetzten, um unser Vaterland vom Feinde freizuhalten, um wieviel mehr müssen wir in der Gegenwart Geldleistungen auf uns nehmen, wenn wir dadurch deutsches Land und deutsche Freiheit retten können. Im Krieg kostete ein Monat einige Goldmilliarden, also ungefähr so viel, wie die festen Goldannuitäten, die wir jährlich zu zahlen haben. Ich bin der vollen Überzeugung, daß in jener kritischen Stunde, da das Ja oder Nein entschieden werden mußte, die Reichseinheit auf dem Spiele gestanden hat und daß entschieden wurde um die ganze Zukunft des deutschen Volkes. Darum müssen wir Opfer an Gut bringen, damit wir das Höchste uns erhalten können, unser Vaterland . . . Mich hat immer die Überzeugung in der Politik geleitet, daß die Richtung der Politik scheitern muß, die meint, daß man durch dauerndes Hinhalten und Ausweichen und durch das Bedingungstellen und Ansichherankommenlassen der Dinge die Lage meistern könne. Einmal mußte ja gesagt werden, entweder von der Gegenseite oder auf unserer Seite.

Der Reichskanzler wies zum Schluß darauf hin, daß eine Sabotage irgend einer Leistung uns in Deutschland vor die schwersten innerpolitischen und außenpolitischen Konflikte stellen würde.

Aufhebung der Zollsanktionen.

Voraussichtlich am 6. Juni.

Nach Mitteilungen von englischen Stellen steht die Aufhebung der Zollsanktionen im Rheinlande bis spätestens 6. Juni in Aussicht. Einige Tage vorher wird die Räumung der Städte Duisburg, Düsseldorf und Ruhrort durch die Besatzungstruppen angeordnet werden. Die englischen Vertreter der interalliierten Kommission in Deutschland sind aufgefordert worden, Bericht darüber zu erstatten, in welcher Form die gegen Deutschland angewandten Zwangsmaßregeln jetzt wieder abgebaut werden können. Dabei sollen in erster Hinsicht solche Maßnahmen in Wegfall kommen, die dem internationalen Handel und Verkehr Schwierigkeiten bereiten. Gleichzeitig sollen die englischen Militärsachverständigen darüber berichten, in welchem Umfange eine Herabsetzung der Besatzungsarmee im Rheinland möglich ist. Der Umfang der besetzten Zone soll zwar nicht verringert werden, doch erachtet man die Stärke der Truppen für zu hoch angesichts der Tatsache, daß Deutschland das Ultimatum unterzeichnet hat und Verwicklungen nicht mehr zu erwarten sind. Da die Errichtung der Zollschranken am Rhein bisher nicht einmal die Kosten der Beamtengehälter eingebracht hat, ist man in England auf die Beibehaltung dieser Maßnahme nicht gut zu sprechen.

Was wird aus Oberschlesien?

Reichspräsident Ebert verbietet die Freikorps.

Es scheint sich zu bestätigen, daß englische Truppen in Oberschlesien vorläufig die öffentliche Ordnung wiederherstellen sollen. Das englisch-offiziöse Organ in Köln, die „Cologne Post", teilt mit, die englische Regierung habe Montag beschlossen, in Übereinstimmung mit der französischen Regierung britische Truppen nach Oberschlesien zu entsenden, die bei der Aufrechterhaltung der Ordnung in den unruhigen Bezirken helfen sollen. Die für diese Aufgabe bestimmten Truppen sind vier Bataillone der Rheinarmee. Diese Bataillone werden durch französische Truppen ersetzt werden. Frankreich dürfte auch Truppen nach Oberschlesien entsenden, um die dortige Garnison zu verstärken. Englische Blätter sagen, die Alliierten hätten dafür zu sorgen, daß ein deutsch-polnischer Krieg vermieden werde. Sie dürften daher nicht warten, bis die Bewegung in Oberschlesien sich so weit ausdehnt. Es sei jetzt nicht mehr zu zweifeln, daß beide Regierungen, die deutsche und die polnische, bezüglich der Schließung der Grenze in gutem Glauben handelten, aber wohl nicht die genügende Kontrolle über die lokalen Behörden besaßen, um dieses Ziel zu erreichen. Der einzig mögliche Weg sei daher eine dauernde Aufsicht der Alliierten.

Französische Druckmittel.

In Paris hält man natürlich an der Geste fest, die Schuld an den entstandenen Wirren Deutschland zuzuschieben. Obwohl man gut genug über die polnische Verantwortung unterrichtet sein könnte, stellt man sich blind und taub, bleibt bei der Verhätschelung der Korfanty-Anhänger und läßt Drohungen nach Berlin schwirren.

Ministerpräsident Briand hatte im Auswärtigen Amt eine Besprechung mit dem deutschen Botschafter Dr. Mayer, in der, wie Havas erklärt, Briand Dr. Mayer ersucht haben soll, die deutsche Regierung aufzufordern, auf jeden Versuch eines Angriffs in Oberschlesien zu verzichten, wenn sie sich nicht Vergeltungsmaßnahmen von seiten der Alliierten aussetzen wolle.

Gleichzeitig erschöpfen sich die Pressemeldungen neuerdings in Verbeugungen vor London, wo angeblich die englische Regierung den deutschen Botschafter Sthamer in gleichem Sinne wie Dr. Mayer unterrichtet habe. Entsprechende Noten seien beiden Botschaftern übergeben worden. Offensichtlich will Briand um jeden Preis vermeiden, den in der oberschlesischen Frage zwischen England und Frankreich bestehenden Konflikt allzu öffentlich werden zu lassen.

*

Verbot der Bildung von Freikorps.

Um eine Handhabe gegen die Bildung von Freikorps in Oberschlesien zu haben, hat der Reichspräsident auf Antrag des Reichsministeriums folgende Verfügung erlassen:

„Verordnung des Reichspräsidenten über das Verbot des Deutschen Reiches [illegible] militärischer Verbände vom 24. Mai 1921:

Auf Grund des Artikels 48 der Verfassung des Deutschen Reiches verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet folgendes: § 1. Wer es unternimmt, ohne Genehmigung der zuständigen Dienststellen Personen zu Verbänden militärischer Art zusammenzuschließen oder wer an solchen Verbänden teilnimmt, wird mit Geldstrafe bis zu 100 000 Mark oder Gefängnis bestraft. § 2. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Jede Art der Geldunterstützung solcher Unternehmungen ist strafbar, ebenso die Werbung und die Aufnahme von Werbeinseraten in der Presse. Die Verordnung bezieht sich auf das ganze Reich mit Ausnahme des Abstimmungsgebietes selbst, in dem die Verwaltung den Alliierten zusteht, denen auch die Regelung des Selbstschutzes dort unterliegt.

Sperrung der Grenze.

Die polizeilichen Maßnahmen zur Sperrung der oberschlesischen Grenze sind durchgeführt. Die Grenze ist gesperrt. Das preußische Ministerium des Innern entsandte neun Hundertschaften Schutzpolizei an die Grenze, welche den Eintritt von Bewaffneten aus Deutschland hindern und aus Oberschlesien zurückkehrende Bewaffnete entwaffnen sollen.

Englische Wünsche.

Wie von mehreren Seiten aus dem Auslande gemeldet wird, hat der englische Gesandte in Berlin, Lord d'Abernon, das Ersuchen an die deutsche Regierung gerichtet, sie möge die Reichsbank veranlassen, sofort die Beträge nach Oberschlesien zu senden, die nötig sind, um die Bergarbeiter der Industriezone abzulohnen. Gleichzeitig möge die deutsche Regierung dafür sorgen, daß das deutsche Eisenbahnpersonal in Oberschlesien keine Lebensmittelzüge mehr anhalte, die für das Aufstandsgebiet nötig sind. Die Artikel sagen dazu, der englische Standpunkt sei, daß „zwei Unrechte nicht ein Recht ergeben", und daß die Deutschen unklug handeln, wenn sie ihren Gegnern eine irgendwie geartete Waffe in die Hand gäben. Die Gehälter müßten gezahlt werden, und die Lebensmittel müßten ihr Ziel erreichen. Aber — die Alliierten müßten die Ordnung aufrechterhalten, die Deutschen müßten geschützt, das Resultat der Abstimmung geachtet werden. Je weniger die Deutschen selbst Unrecht begingen, desto leichter machten sie es dem Teil der Alliierten, die für Recht und Gerechtigkeit einstünden. In dieser Beziehung erwartet man viel von der Ankunft der englischen Truppen in Oberschlesien.

Erstaunen in London.

Wie das offiziöse englische Bureau „Reuter" erfährt, sprechen maßgebende Kreise in London ihr Erstaunen aus über die Meldung, die französische Regierung habe gefordert, daß in Berlin ein neuer Schritt unternommen werde, um die deutsche Regierung aufzufordern, den Einmarsch von Freiwilligen nach Schlesien zu verhindern. Der britische Botschafter in Berlin habe sich in dieser Frage schon verschiedene Male mit vollem Erfolg an die deutsche Regierung gewandt. Am 19. Mai habe die deutsche Regierung einen Aufruf erlassen, in dem sie die Rekrutierung von Freiwilligen für den Kampf in Oberschlesien unter Androhung strenger Strafen verbietet. Jetzt habe sie in der gleichen Frage eine entsprechende Antwort auf die Note der Interalliierten Militär-Kontrollkommission vom 14. Mai erteilt. Reuter gibt diese Antwort wieder und fährt dann fort: Es ist unnötig zu sagen, daß man in London genau so gut wie in Paris der Meinung ist, das unermächtigte Eindringen von Freiwilligen in das schlesische Abstimmungsgebiet sollte durchaus verhindert und das schlechte Beispiel Korfantys sollte von den Deutschen nicht nachgeahmt werden.

Korfanty will nicht weichen.

Aus Beuthen meldet das Blatt „Rzeczpospolita" in Warschau, die Behauptungen der deutschen Zeitungen, daß Korfanty und die übrigen Führer des Aufstandes beschlossen haben, die Aufstandsbewegung zu liquidieren, sei unrichtig. Die Aufstandsleitung sei jetzt, nachdem sie ihr militärisches Ziel erreicht hat, nämlich die Besetzung des Gebietes, das unbestreitbar von einer polnischen Mehrheit bewohnt ist, dazu übergegangen, die ganze Zivilverwaltung in diesem Gebiete auszubauen. Wenn auch die Aufständischen nicht mehr angreifen würden, um ihren Besitzstand zu vergrößern, würden sie doch nicht die Waffen niederlegen, bis die Grenze in Oberschlesien festgelegt ist, und bis in Oberschlesien reguläre polnische Truppen eingerückt seien.

Weitere polnische Tendenzmeldungen, Reichswehrsoldaten hätten in voller Uniform an den Kämpfen in Oberschlesien teilgenommen, sind natürlich falsch. In Oberschlesien befindet sich kein einziger Reichswehrsoldat. An der Nordgrenze des Kreises Kreuzburg gegenüber Reinersdorf—Kostau sind auf polnischem Gebiet starke polnische Bandenansammlungen beobachtet worden. Die heftigen Zusammenstöße im Kreise Rosenberg dauern an. Auf seiten der Aufständischen griff ein auf der Bahnlinie Kreuzburg—Zembowitz fahrender Panzerzug in den Kampf ein. Dort, wo die Polen bisher gehaltenes Gebiet räumen mußten, wurden die Dörfer von ihnen geplündert. In der Gegend von Landsberg und Altrosenberg ist sämtliches Vieh weggetrieben worden. Die Einwohner wurden mißhandelt. Aus Dupine und Koselwitz wurden deutschgesinnte Oberschlesier über die Grenze geschleppt. Im Kreise Ratibor gelang es den Polen anläßlich eines Vorstoßes, Angehörige des örtlichen Selbstschutzes auf tschechoslowakisches Gebiet zu drängen. Die deutschen Verteidiger sind dem Vernehmen nach entwaffnet worden.

Politische Rundschau.

Ein deutsch-chinesischer Vertrag.

Am 20. Mai ist in Peking ein chinesisch-deutscher Vertrag unterschrieben worden, der als Grundlage für einen besonderen Friedensvertrag zwischen beiden Ländern dienen soll. Wie bekannt, hat sich China seinerzeit geweigert, den Vertrag von Versailles zu unterzeichnen. Die Übereinkunft macht offiziell dem Krieg zwischen beiden Ländern ein Ende. Sie stellt die Handelsbeziehungen nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit wieder her und bestimmt, daß Deutschland alle Verpflichtungen auf sich nimmt, die für dieses Land aus dem Vertrage von Versailles gegen China entstanden sind. Ihrerseits wird die chinesische Regierung den Verkauf der mit Beschlag belegten deutschen Besitztümer nicht weiterführen, den Ertrag der bereits verkauften zurückzahlen und die Bestimmungen betreffs des Handels mit dem Feinde aufheben.

Ferien des Reichswirtschaftsrates.

Für die Zeit von Mitte Juli bis Ende August sollen gemäß Vereinbarung zwischen dem Präsidenten und dem erweiterten Vorstand Sitzungsferien des Reichswirtschaftsrates eintreten. In dieser Zeit sollen nur dringende Angelegenheiten, die keinen Aufschub dulden, behandelt werden.

Eine Ehrenerklärung für Kardorff.

Zu dem „Fall" Kardorff hat der Landesverband Halle-Merseburg der Deutschen Volkspartei in folgender Entschließung Stellung genommen: „Der Gesamtvorstand des Landesverbandes Halle-Merseburg der Deutschen Volkspartei stimmt mit der Haltung der Reichstagsfraktion bezüglich der Ablehnung des Ultimatums durchaus überein, würdigt jedoch auch die Gründe, die den Abgeordneten v. Kardorff bewogen haben, das Ultimatum anzunehmen. Der Vorstand verurteilt die bekannte Entschließung der Zeitzer Ortsgruppe gegen Herrn v. Kardorff, die dem Abgeordneten die Niederlegung seines Mandats nahegelegt hatte, weil sie erfolgt war, ohne daß Herrn v. Kardorff Gelegenheit zur Rechtfertigung gegeben worden war."

Bürgerlicher Sieg in Sangerhausen.

In dem wiederholt von Putschen heimgesuchten Sangerhausen, wo die Kommunisten mit 18 gegen 12 Mandaten die Mehrheit hatten, gewannen bei den Stadtverordnetenwahlen die vereinigten bürgerlichen Parteien einen entscheidenden Sieg. Sie erhielten 17 Mandate, 5 die Mehrheitssozialdemokratie und 8 die sogenannte Gewerkschaftsliste.

Bayern entwaffnet.

Der bayerische Ministerpräsident wird, wie aus München gemeldet wird, in der Lage sein, dem nächsten bayerischen Ministerrat die Mitteilung zu machen, daß die Organe der Einwohnerwehr auf einen formellen Akt der Regierung v. Kahr sich loyal in den Dienst der durch Deutschlands Zwangslage gebotenen Maßnahmen stellen und alles tun werden, um Reibungen zu glätten und etwa drohende Erregungen zu beschwichtigen.

Die französischen Kolonialtruppen in Deutschland.

Die München-Augsburger Abendzeitung gibt folgende Zusammenstellung über die schwarzen Truppen in der Pfalz: Neustadt an der Haardt 600 Mann Madagassen, 50 Anamiten, Ludwigshafen 800 Mann Madagassen, Speyer 400 Mann Madagassen, Zweibrücken 550 Mann Madagassen, Landau 400 Madagassen, 50 Anamiten.

Italien.

× **Ernste Warnung an Frankreich.** Des Ministerpräsidenten Giolitti Blatt, die Turiner „Stampa", schreibt an auffallender Stelle: „Italien verlange von Frankreich, daß es ein für allemal auf den Plan der europäischen Vorherrschaft Verzicht leiste, auch sei es für Frankreich am Platze, eine Einigung mit Deutschland anzustreben und in der Wiedergutmachungsfrage möglichst Maß zu halten, sonst gebiete es das Interesse Italiens, die Politik Englands zu unterstützen.

Deutsch-Österreich.

× **Die Anschlußabstimmung eine Privataktion.** Die nachdrückliche Stellungnahme der kleinen Entente gegen die Salzburger Anschlußabstimmung hat den österreichischen Bundeskanzler veranlaßt, neuerlich den Standpunkt der Regierung zur Anschlußbewegung zu präzisieren. Der Bundeskanzler hat an den Chef der Salzburger Landesregierung unter Berufung auf Artikel 103 der Verfassung die strenge Weisung gerichtet, daß es unbedingt notwendig sei, den Charakter der Anschlußbewegung als eine reine Privatveranstaltung zu wahren. Es sind alle amtlichen Organe angewiesen worden, daß jede mittelbare oder unmittelbare Unterstützung der Anschlußabstimmung zu unterbleiben hat.

Großbritannien.

× **Serbisch-englische Verlobung.** Blättermeldungen zufolge ist Prinzregent Alexander von Serbien soeben von Belgrad nach London abgereist, wo er sich mit der Prinzessin Mary, Tochter des englischen Königspaares, verloben soll. Die Verbindung würde natürlich erhebliche politische Bedeutung haben, sie würde den Südslawenstaat (und in der Folge Teile der kleinen Entente) aus dem französischen Fahrwasser in das englische bringen. Tatsächlich ist auch die Vorkriegspropaganda für den Zusammenschluß der Südslawen ganz von Engländern (Seton-Watson, Steed usw.) geleitet worden. Pikant ist es immerhin, daran zu erinnern, daß ganz England den Vater des Bräutigams als „Meuchelmörder" bezeichnet und jeden Verkehr mit ihm ablehnt!

Belgien.

× **Fortgesetztes Anwachsen des Heeres.** Der belgische Kriegsminister hat der Presse einen Bericht über die Heeresausgaben und die Stärke der Armee übergeben. Daraus geht hervor, daß die Zahl der Offiziere seit 1914 von 4000 auf 5348 angewachsen ist. Die Zahl der Mannschaften ist von 59 654 auf 114 725 gestiegen. Die Ausgaben für das Heer betragen in diesem Jahre nahezu 1100 Millionen Franken.

Aus In- und Ausland.

Halle a. S. Vertreter von Bergarbeitern aus den verschiedensten Bergbaubezirken Deutschlands haben einen nationalen Bergarbeiterverband gegründet und zum 15. Juni eine Reichstagung nationaler Bergarbeiter nach Halle einberufen.

Paris. Nach einer Depesche aus Kairo werden die Opfer in den Spitälern von Alexandria mit 23 Toten und 130 Verwundeten angegeben.

Paris. Wie Havas aus Athen meldet, wird dort die Nachricht von einer dem griechischen Heere in den letzten Tagen zugefügten Niederlage dementiert.

London. Wie aus Washington gemeldet wird, sind maßgebende Kreise der Ansicht, daß sich die Lage mit Bezug auf den Streit um Yap befriedigend entwickelt, und daß man der Regelung dieser Frage näher rückt.

D…

Hinsichtlich der
noch vielfach Unkla
sachenkarten, die z
10 Pfg. befördert w
wöhnlichen Druc
Die für 10 Pfg. ve
lichen Zusätze tra
sachen laut § 8, X
lediglich die hand
des Absendungs
Postordnung zulässi
anbringen will, mu
sachentarif, also mit
machten Drucksache
wesentlich von den
Die höchstzulässige
„Postkarte" sollen
dürfen keine Anm
teilige Karten, Dopp
nicht zugelassen.
Ein gleicher U
machen. Ansichtska
senders und des Ab
oder Aenderungen e
Drucksachenkarten e
ten Gebühr von 10
Vorderseite Grüße
mit höchstens 5 Wor
Drucksachengebühr
Worte aber nicht a
andere Angaben
gemacht, so unterlieg
karten.
Besonders beton
sen bestehende Auffa
Worte beliebigen In
ist. Solche Karten
belegt.

Sächsische u…

M…
Sonnenaufgang
Sonnenuntergang
1521 Luther w
Hubert v. Herkomer
Republik Georgien.
— Eine außerg
Besucher der Mü h
Gartenkonzer
ausgeführt, ein ver
deleich mit Fe
Ein großzügiges U
finden wird. Bei
einen wundervollen
† Verteilu
Jahre stellt die Reich
Kopf der Bevölkeru
Verteilung kommt.
karte Reihe 21, die
zwei Pfund in der
3. Juni bis 23.
Stammkarte, der N
stabenabschnitt U au
die bezeichneten beid
und noch ungewiß ist,
Verbrauchern im eig
Stammkarte mit der
vollständigen Ablauf
Verwahrung zu behe
† Keine Be
richts aus den
bekanntlich einen An
richtes aus der Schu
mehrheit angenomme
Antrag an die Reich
dieser ein Schreiben
des Innern erklärt,
Reichsregierung abge

Gefän…

Roma…
„Befehlen der g
Ein kurzer, knat
schreckt zusammenfa
aus, eine plötzlich
schwarzen Wolken
noch nicht verhallt,
der in der offenen T
„Was willst D
Schreckens, der ihn
„Ich werde es
derte Ferdinand in
Paul gab dem T
er an den Tisch, se
Glas füllte.
„Das Unwetter
sagte er mit gepreßt
ich Dir ein Glas P
„Wo ist Dora?"
schwer auf einen S
klammert hielt.
„Dora?" antwo
„Seltsame Frage! S
sehen."
„Du hast sie nich
sie ist?" sagte Ferdi
dringend auf ihn he
„Deine Fragen b
„Verzeihe, Dora
Haus verlassen und
„Soll ich dafür
der Baron auf. „W
und gestern nicht ge
hoffentlich Glauben
„Bekräftigst Du
„Auch das, wenn
„Ich muß es
in der letzten Zeit l

SLUB
Wir führen Wissen.